

KDFB-Stellungnahme

Netzneutralität für die Bürgerbeteiligung bei der Enquete-Kommission „Digitale Gesellschaft“

KDFB e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Kaesenstraße 18
50677 Köln

Tel. 0221/860 92-0
Fax 0221/860 92-79
www.frauenbund.de

Bislang sind im Internet alle Anbieter und NutzerInnen von Online-Diensten gleichberechtigt. Der Begriff Netzneutralität bezeichnet „die neutrale Übermittlung von Daten im Internet, das bedeutet eine gleichberechtigte Übertragung aller Datenpakete unabhängig davon, woher diese stammen, welchen Inhalt sie haben oder welche Anwendungen die Pakete generiert haben“ (Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages).

Doch das Datenvolumen wächst insbesondere durch die Nutzung von Musik- und Videodateien, Internetfernsehen und -telefonie rasant und bringt das weltweite Netz an seine Grenzen. Deshalb werden derzeit die Weichen für eine mögliche Regulierung der Netzneutralität gestellt. Dabei gibt es verschiedene Denkmodelle, um Datenströme zu lenken: So sollen zum Beispiel bestimmte Onlinedienste beim Transport auf der „Datenautobahn“ bevorzugt behandelt und schneller transportiert werden oder NutzerInnen des Internets sollen für bestimmte Inhalte und bessere Qualität der Übertragung zusätzlich bezahlen.

Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) sieht diese Entwicklung mit Sorge. In einer zunehmend digitalisierten und globalisierten Welt ist der freie Zugang zum Internet eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe und Bildung. Er ist Teil des Grundrechts auf Information und eine Voraussetzung für die Teilnahme am kulturellen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Leben. Die Nutzung des Internets eröffnet wichtige Zugänge zu Bildung, zur Arbeitswelt und zum ehrenamtlichen Engagement.

Als Frauenverband ist es uns ein besonderes Anliegen, dass Frauen einen diskriminierungsfreien Zugang zu den Möglichkeiten des Internets haben. Insbesondere gilt das für die Bereiche, die für Frauen an Bedeutung gewinnen, wie zum Beispiel neue Arbeitsplätze in einer digitalisierten Dienstleistungswelt oder das ehrenamtliche Engagement von Frauen in sozialen Einrichtungen, Non-Profit-Organisationen und NGOs.

Wir beteiligen uns deshalb an der Diskussion über die Netzneutralität, die - obwohl von weitreichender Bedeutung - immer noch weitgehend eine Debatte weniger Fachleute ist. Wir teilen die Sorge, dass in bestimmten Zusammenhängen Neutralität im Netz nicht (mehr) gegeben ist. Und wir teilen die Auffassung, dass Wettbewerb allein Netzneutralität in Zukunft nicht gewährleisten wird.

Wir befürchten, dass die großen Anbieter kleinere verdrängen, dass es zu einer Ausnutzung der Marktmacht kommt, dass Inhalte vor allem konkurrierender Anbieter ausgebremst werden, um andere Inhalte gegen Bezahlung bevorzugt zu transportieren. Das benachteiligt sowohl Anbieter, die sich den Aufbau einer teuren Infrastruktur nicht leisten können, als auch NutzerInnen, die zusätzlich zum Internetzugang nicht noch für bestimmte Inhalte zahlen können.

Auf diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, Netzneutralität nicht – wie bisher – den Regeln des Marktes zu überantworten, sondern Neutralität im Netz gesetzlich zu verankern. Menschen mit geringerem Einkommen, zu denen überproportional viele Frauen gehören, dürfen durch Einschränkungen im Netz nicht benachteiligt werden. Alle Bestrebungen müssen dahin gehen, allen eine Teilhabe zu ermöglichen. Zu denken ist hier auch an Menschen im ländlichen Raum, die immer noch nicht entsprechend versorgt werden, und mit Blick auf internationale Entwicklungen auch an Entwicklungs- und Schwellenländer, die von Netzneutralität in einem weiten Verständnis ebenfalls profitieren.

Wir fordern daher:

- Jeder Anbieter, auch kleinere wie zum Beispiel Non-Profit-Organisationen, muss seine legalen Inhalte weiterhin einstellen und gleichberechtigt weiterleiten können.
- Jede Bürgerin/jeder Bürger soll sich den Zugang zu einem Netz in vollem Umfang leisten können. Wir begrüßen, dass der Zugang zum Internet bereits heute als Teil der Grundversorgung im Warenkorb berücksichtigt wird. Hier darf es durch zukünftige Entwicklungen keine Einschränkungen geben.
- Die Netze sollten so ausgebaut beziehungsweise technisch weiter entwickelt werden, dass mögliche Engpässe abgefangen werden können.
- Der Ausbau der Netze im ländlichen Raum muss durch die Bereitstellung der finanziellen Mittel gesichert werden.
- Eine Diskriminierung von einzelnen Ländern und Gruppen muss ausgeschlossen sein. Insbesondere für die so genannten Entwicklungs- und Schwellenländer ist ein diskriminierungsfreier Zugang zu gewährleisten.
- Daten müssen unabhängig von den Inhalten gleichberechtigt transportiert werden.
- Die Nutzerinnen/Nutzer sollen legale Inhalte uneingeschränkt abrufen können.

Das Internet darf nicht zu einem Zweiklassensystem werden, in dem Anbieter und NutzerInnen, die mehr bezahlen, mehr Rechte haben. Ein „Einklassennetz“ als Basis für eine allumfassende Teilhabe muss zum ethischen Leitprinzip einer digitalisierten Welt werden.

Medienpolitische Kommission des KDFB, 6.5.2011